Leseprobe © Verlag Ludwig

Nach der Kieler Revolution 1918

Leseprobe © Verlag Ludwig

Sonderveröffentlichungen
der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte
herausgegeben von Rolf Fischer
Band 104

Rolf Fischer, Klaus Kuhl (Hrsg.)

Nach der Kieler Revolution 1918

Hoffnungen, Zweifel, Enttäuschungen

Beiträge aus dem Kieler Initiativkreis 1918/19

Ludwig

Leseprobe © Verlag Ludwig

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über https://portal.dnb.de abrufbar.

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung durch elektronische Systeme.
© 2026 Verlag Ludwig
Holtenauer Straße 141
24118 Kiel
Tel.: 0431-85464
Fax: 0431-8058305
info@verlag-ludwig.de
www.verlag-ludwig.de

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier
Printed in Germany

ISBN 978-3-86935-498-9

Inhaltsverzeichnis

Hinführung
Von Hoffnungen, Zweifeln, Enttäuschungen **7**

Klaus Kuhl
Die Hoffnung auf eine sozialistische Weltgemeinschaft, Perspektiven des Auslands und die Waffenstillstandsbedingungen **9**

Klaus Kuhl
Die Kieler Neuesten Nachrichten, Gustav Roelcke, Ernst Oberfohren und die Revolution in Kiel **25**

Wolfgang Niess / Rolf Fischer
Die Kieler Revolution und die Weimarer Republik **37**

Klaus Kuhl
Professor Otto Opet – Beigeordneter des Kieler Arbeiterrats für die Justiz? **51**

Ilko-Sascha Kowalczuk, Klaus Kuhl
Ernst Wollweber und die Enttäuschung der radikalen Linken **57**

Sebastian Klauke
Ferdinand Tönnies, der Erste Weltkrieg und die Revolution **79**

Leseprobe © Verlag Ludwig

Keith W. Bird
The role of Admiral von Trotha in the collapse of the Navy and the restoration of the authority of the naval officer corps, September 1918 – March 1920 **91**

Klaus Kuhl
Zusammenfassung des Artikels von Keith W. Bird in deutscher Sprache: Die Rolle von Admiral Adolf von Trotha bei der Wiederherstellung der Autorität des Marineoffizierskorps **131**

Wolf Eberhard Ramin
Wilfried von Loewenfeld.
Seeoffizier – umstrittener Freikorpsführer der III. Marinebrigade – Vernunftrepublikaner? **135**

Rolf Fischer
Was folgt der Revolution? – Kiels Politik streitet 1918 über die künftige Staatsform **170**

Dieter Hartwig
Verlorener Weltkrieg – belasteter Neubeginn – Weg in den nächsten Krieg **185**

Rolf Fischer
Die »Ruhestätte der Opfer der Revolution« auf dem Kieler Eichhof-Friedhof: ein Plädoyer für die Umwandlung zum Gedenkort **211**

Susanne Kalweit
Titelbild »Matrosenaufstand 1918« **235**

Zu den Autorinnen und Autoren **240**

Hinführung

Von Hoffnungen, Zweifeln, Enttäuschungen

Der vorliegende Band schreibt die Geschichte der Revolution 1918 in Kiel und in Deutschland fort. Eingedenk der damaligen sehr radikalen politischen Einstellungen, die von der Gründung einer deutschen Räterepublik bis zur Rückkehr der Monarchie reichten, wuchsen die Erwartungen an die staatlichen Konsequenzen aus den revolutionären Aufständen enorm an.

Die Zielvorstellungen der Akteure liefen allerdings vielfach auseinander. Auf der einen Seite des politischen Spektrums lebte die Hoffnung auf eine Wiederbelebung der Monarchie, die nach der Erholung von der ersten Erschütterung zu einer sich stetig steigernden Bekämpfung von Demokratie und Republik führte. Das Paktieren mit den Nationalsozialisten endete dann mit dem Untergang der Rechtskonservativen, tragisch symbolisiert durch den Selbstmord der Führungsfigur Ernst Oberfohren 1933. Die radikale Linke andererseits fühlte sich betrogen, weil eine durchgreifende Reformierung von Militär und Wirtschaft blockiert wurde. In der Folge erwies sie sich als unfähig, selbst mit ihnen wohlgesonnenen Teilen der moderaten Linken zusammenzuarbeiten. Dazu kamen die Ängste vieler Menschen vor einem radikalen Systemwechsel, die Nachkriegsneurosen eines Volkes, viele soziale Abbrüche, Enttäuschungen auf etlichen gesellschaftlichen Ebenen und somit kritisch-distanzierte Gefühle gegenüber der neuen deutschen Demokratie. Sie prägten für viele Bürgerinnen und Bürger die ersten Jahre der Weimarer Republik; sie verstellten damit den Blick auf die großen Chancen einer neuen Epoche, in deren Entscheidungszentrum erstmals ein frei und geheim gewähltes Parlament stand, das ein ganzes Volk demokratisch repräsentierte.

Leseprobe © Verlag Ludwig

Von der Situation in Kiel 1918 ausgehend, weitet sich der Blick auf die politischen Entwicklungen in der Weimarer Republik bis etwa in die Mitte der Zwanzigerjahre. Die Beiträge in diesem Band stellen aus unterschiedlichen Blickwinkeln die historischen Verläufe nach der »Deutschen Revolution« dar, problematisieren die so unterschiedlichen Hoffnungen, Erwartungen und Enttäuschungen einzelner politischer Gruppen und diskutieren zudem die gesellschaftliche Chance, die demokratische Erinnerungsarbeit bezüglich der Ereignisse in Weimar auch für uns heute bietet. Dabei öffnet sich der Blick auf die komplexen ökonomischen und sozialen Verschränkungen und die starken politischen Seilschaften, die es dem neuen Staat damals schwer machten, seine Ziele zu erreichen, Stabilität zu generieren und damit eine tragfähige Identifikation mit der neuen Republik in der Gesellschaft zu erreichen. Dass die deutsche Republik scheitern sollte, war trotzdem in diesen ersten Weimarer Jahren nicht vorherzusehen.

Zum ursprünglichen Autorenteam gehörte Dr. Thomas Herrmann, der leider im August 2025 verstarb. Trotz seiner fortschreitenden Krankheit hat er noch intensiv an dem von ihm geplanten Artikel über Wilfried von Loewenfeld gearbeitet. Seine Vorarbeiten wurden von Wolf Eberhard Ramin aufgenommen und sind in den in diesem Band veröffentlichten Beitrag integriert worden.

Besonderer Dank geht auch an Dr. Keith W. Bird, der angesichts von gesundheitlichen Problemen und trotz unerwarteter Herausforderungen uns seinen Beitrag über Admiral Adolf von Trotha zur Verfügung stellte.

Wir danken herzlich allen Autorinnen und Autoren! Sie haben es möglich gemacht, einen weiteren Band zur Analyse und damit zum Verständnis des demokratischen Umbruchs 1918 zu publizieren und auch die besondere Rolle Kiels herauszuarbeiten und damit zu betonen.

Unser großer Dank gilt auch Susanne Kalweit für ihre begleitende Arbeit, der Bürgerstiftung Kiel und dem Ludwig Verlag, die das Buch zur Veröffentlichung brachten.

Rolf Fischer
Klaus Kuhl
für den Kieler Initiativkreis 1918/19

Klaus Kuhl

Die Hoffnung auf eine sozialistische Weltgemeinschaft, Perspektiven des Auslands und die Waffenstillstandsbedingungen

1. IN ERWARTUNG EINER SOZIALISTISCHEN WELTGEMEINSCHAFT

Bereits weit vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs gab es auf der Linken die Erwartung an einen weltweiten Sieg des Sozialismus. Als Bestätigung dieser Erwartung wurde nach Ansicht des marxistisch orientierten, international renommierten englischen Historikers Eric Hobsbawm die Oktoberrevolution 1917 in Russland angesehen. Das Kriegsende 1918 habe dann den endgültigen Durchbruch ermöglicht. Entsprechend euphorisch wurde der Sieg des Kieler Matrosen- und Arbeiteraufstands gefeiert. Der Vorsitzende des Kieler Obersten Soldatenrats, Lothar Popp von der USPD und der Vorsitzende des Arbeiterrats, Gustav Garbe von der SPD sandten am 9. November

Leseprobe © Verlag Ludwig

1918 – mit deutlichen Anklängen an Lenins Revolutions-Funkspruch von 1917 »An alle! An alle!« – ein Telegramm in die Welt: »An alle mit allen Mitteln. An die Proletarier aller Länder! Über der deutschen Flotte weht das rote Banner der Freiheit.« Popp war so fest von der Zwangsläufigkeit überzeugt, dass er auf der einen Tag später stattfindenden Debatte im Obersten Soldatenrat über das erwartete Einlaufen englischer Schiffe in die Kieler Förde sagte: »Wenn er [der Engländer] kommt, muß er mit der roten Flagge am Mast den Hafen wieder verlassen.«[1]


Manifest
der
Kommunistischen Partei.
Veröffentlicht im Februar 1848.
Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
London.
Gedruckt in der Office der „Bildungs-Gesellschaft für Arbeiter"
von J. E. Burghard.
46, Liverpool Street, Bishopsgate.

1 Titelseite des Kommunistischen Manifests. Karl Marx und Friedrich Engels schrieben im »Kommunistischen Manifest« am Ende ihres ersten Kapitels: »Ihr Untergang [der der Bourgeoisie] und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.«

Auch Noske hegte zu dieser Zeit offenbar ähnliche Überzeugungen – zumindest wenn man den Aussagen des damaligen Gouverneurs Admiral Wilhelm Souchon glauben darf: Noske habe ihm gegenüber geäußert: »... in der englischen Flotte hätten sie dieselbe Meuterei, wir haben ganz zuverlässige Quellen, das wissen wir ganz genau.«[2]

Das Bürgertum und große Teile des Offizierskorps zeigten sich von dieser Entwicklung zutiefst beeindruckt. So schrieben die rechtskonservativen bis rechtsextremen Kieler Neueste Nachrichten (KNN), die noch am 6. Oktober zum »Durchhalten bis zum Sieg« aufgefordert hatten und vier Tage später den Glauben an (US Präsident) Wilsons

Friedenswillen als gefährliche Fantasien gebrandmarkt hatten, am 7. November, dass man sich Wilsons Anschauungen »restlos angeschlossen« habe. Der Stabschef der Marinestation der Ostsee, Konteradmiral Hans Küsel, stellte fest, dass noch Mitte November 1918 »die Stimmung, was das jüngere Seeoffizierkorps anbetrifft, ganz links gerichtet« war. Und der frühere Chef der Marinestation, Admiral Gustav Bachmann bezeichnete Kapitänleutnant Thorwald v. Bothmer als den radikalsten »Roten«, der die ranghöheren Seeoffiziere abgekanzelt habe.[3] Auch Küsel selbst scheint sich vorübergehend nach links orientiert zu haben, so zitiert er einmal Trotzki und schreibt an anderen Stellen: »Wer sich damit beschäftigt, wird erkennen, daß es einen idealeren rein sozialistischen Beruf wie denjenigen des Offiziers, wenn er ihn im Sinne der wahren alten Berufspflicht ausführt, überhaupt nicht gibt.« Und: »Eine ernste Pflicht für jeden Offizier wird es sein, sich für sich mit den grundlegenden Fragen des Sozialismus zu beschäftigen und diese wenigstens zu kennen und nicht in völliger Unkenntnis schon vor dem Gedanken wie vor einem Gespenst zurückzuschrecken.«[4] Ganz ähnlich äußerte sich der Branddirektor und Kapitänleutnant d. R. a.D. v. Moltke, der in einen Aufruf in der eher liberalen Kieler Zeitung (KiZtg) am 12. November 1918 unter der Überschrift »Arbeitet mit!« schrieb: »Die pflichtvergessenen Offiziere, die ihre Untergebenen schlecht behandelt haben, die sich bereichert haben, die werden später zur Verantwortung gezogen, sie können ihrer Strafe nicht entgehen. Jetzt müssen sich alle tüchtigen in den Dienst der großen Sache stellen. Was schadet es, ob wir heute einen Schritt zu weit in den sozialistischen Staat hineinmachen. Wir waren längst auf dem Wege dorthin.«

Auch die Entwicklung im Ausland wurde jetzt genauer verfolgt und es erschienen häufiger Berichte über Unruhen in den Zeitungen; hier einige Beispiele:

> Meldung aus dem Hauptquartier von Herrn von Hintze[5]: Zustände hinter der französischen Front ganz ähnlich wie in Deutschland. Soldatenräte auch bei den Franzosen, evtl. auch bei den Engländern; Auflösung der italienischen Truppen. Die Soldaten haben die Herstellung der Waffenruhe selbst in die Hand genommen (KiZtg, 10. November 1918). An mehreren Stellen der

Leseprobe © Verlag Ludwig

Westfront kam es zu großen Verbrüderungen (KiZtg, 11. November 1918).

Ein von der Westfront zurückgekehrter Leipziger habe glaubhaft versichert, dass es an der Westfront an mehreren Stellen zu großen Verbrüderungen, dem Entrollen roter Fahnen und dem Absingen sozialistischer Lieder gekommen sei. Von den Franzosen sei erzählt worden, dass vier französische Divisionen vor einigen Tagen gemeutert hätten. Auch an der deutsch-englischen Front habe sich ähnliches abgespielt. (SHVZ, 11. November 1918)

Auch in Frankreich ist seit zwei Tagen eine Arbeiter- und Soldaten-Bewegung ausgebrochen, die sich ziemlich rasch entwickelt. In Paris fanden große Versammlungen und Umzüge statt. Ein Führer der sozialistischen Sektion St. Louis warf Clemenceau vor, er versuche den Völkerbund zu vereiteln. Die Bewegung ist überall in Frankreich am Anschwellen. In Paris ging das Gerücht von der Bildung von Soldatenräten an der Front ein, mit denen die deutschen Soldatenräte in Verbindung getreten seien. Nach Londoner Mitteilungen beabsichtigt die Entente, die Friedensverhandlungen möglichst rasch zu Ende zu bringen, weil sie ein Übergreifen der revolutionären Bewegung auf die Entente-Staaten befürchtet. Auch an der italienischen Front machen sich Auflösungserscheinungen bemerkbar. An der belgischen Grenze kommt es zu Verbrüderungsszenen zwischen deutschen und belgischen Vorposten (KiZtg, 12. November 1918).

Sozialistischer und gewerkschaftlicher Druck in Frankreich und England gegen zu harte Waffenstillstandsforderungen (KNN, 9. November 1918).

Revolutionsbewegung in Holland und in der Schweiz. Die Kölner Zeitung bestätigt aus Amsterdam, dass die Lage in eine stark revolutionäre Richtung geht. Auch in der Schweiz nehmen bolschewistische Bestrebungen an Umfang zu (KiZtg, 13. November 1918).

Die Pariser Gewerkschaften treten für die soziale Revolution ein (SHVZ, 12. Dezember 1918).

In den Berichten schwingt die Erwartung auf ein Umsichgreifen der revolutionären Bewegung mit, getrieben von der Hoffnung, das für Deutschland befürchtete schwere Los nach dem verlorenen Krieg könnte erleichtert werden.

2. PERSPEKTIVEN DES AUSLANDS

Auch wenn wohl der Wunsch der Vater vieler dieser Nachrichten war, zeigte sich in einigen Fällen, dass die Hoffnungen nicht aus der Luft gegriffen waren. In Brüssel bildete sich nach Bekanntwerden der Aufstände ein Soldatenrat in deutschen Heereseinheiten. Mit der Bildung der Revolutionsregierung in Berlin wurde die Organisation durch die Etablierung eines Zentral-Soldatenrats gefestigt, der wiederum einen Vollzugsausschuss bestimmte. Entsprechend der Vorgaben der Alliierten hatte die deutsche Armee bereits am 14. November Brüssel wieder zu verlassen. In dieser einen Woche dazwischen musste der Rat in Brüssel eine Vielzahl von schwierigen Problemen lösen; darunter der Umgang mit einer misstrauischen, teilweise auftrumpfenden Bevölkerung, Plünderungen durch marodierende Soldaten (auch ein Banküberfall), Scharmützel mit sich bewaffnenden Belgiern und Androhung von Verhaftungen durch Mitglieder des deutschen Offizierskorps. Doch der Rat konnte sich durchsetzen, weil er sich von Anfang an eine breite Basis sicherte und die Kommandobehörden in Brüssel sich dem Rat bald unterstellten. Von besonderer Bedeutung aber war, dass man schnell Kontakt mit belgischen Sozialisten und lokalen Autoritäten knüpfen konnte. Zusätzlich sorgte der Rat dafür, dass der frühere Bürgermeister Brüssels, der in einem Lager in Goslar festgehalten wurde, per Auto zurückgebracht wurde. Schon am Tag der Bildung des Soldatenrats musste der Rat schnellstens auf Berichte über Plünderungen und Schießereien reagieren. Beauftragte fuhren unermüdlich in die Nacht hinaus und schufen schließlich am frühen Morgen eine »verhältnismäßige Ruhe«. Weiteres Umsichgreifen der

Leseprobe © Verlag Ludwig

Unruhen hätte ernste Konflikte mit den Alliierten und eine Gefährdung des Waffenstillstands bedeutet.

Zusammen mit den wieder eingesetzten belgischen Behörden wurde vereinbart, die von deutschen Soldaten verkauften Waffen wieder einzuziehen und dazu auch Hausdurchsuchungen durchzuführen. Die durch Plünderungen und Überfälle entstandenen Schäden wurden kompensiert. Die Bestände in den großen deutscher Militärdepots, deren Abtransport zum Teil »infolge der Kopflosigkeit der militärischen Dienststellen« nicht mehr möglich war, wurden erfasst und dem Brüsseler Bürgermeister zur Aufrechnung auf die zu leistende Kriegsentschädigung übergeben. Schließlich rückte das 55. Armeekorps als letzte Fronttruppe mit drei Divisionen in Brüssel ein. Bei diesen Truppen gab es noch keine Soldatenräte. Vereinzelt hatten Truppenkommandeure vor, gegen den Brüsseler Soldatenrat mit Waffengewalt vorzugehen. Nach intensiven Verhandlungen musste aber auch das Generalkommando des 55. Armeekorps den Zentralsoldatenrat als legitime Vertretung der neuen Regierung anerkennen. Dem Zentralsoldatenrat war es in der kurzen Zeit gelungen, sich als revolutionäre Autorität zu etablieren und gleichzeitig eine wichtige Grundlage für eine Aussöhnung mit der belgischen Bevölkerung zu legen.[6]

In Posen und Oberschlesien kam es zu einer deutsch-polnischen Zusammenarbeit in den Arbeiter- und Soldatenräten, die sich für einen beiderseitigen Interessenausgleich zwischen Polen und Deutschen einsetzten. Diese Initiativen wurden jedoch, wie Boris Barth in seinen Untersuchungen feststellte, von marodierenden deutschen Söldnern und Frontoffizieren »bereits im Ansatz zerstört«.[7]

Einen dänischen Blick auf die Ereignisse bieten die etwa 900 Berichte der dänisch gesinnten südjütländischen Kriegsteilnehmer (1914–1918), die sich in dem ca. 5000 Mitglieder umfassenden, in Aabenraa/Apenrade ansässigen Verein DSK (Foreningen af dansksindende Sønderjyske Krigsdeltagere) organisierten. Dieser Verein existierte von 1936 bis 1989 und gab von 1941 bis 1972 jährlich die DSK aarbøger (Jahrbücher) heraus, die inzwischen auch online zugänglich sind.[8] Eine Auswertung der Berichte zeigt: Die dänisch-gesinnten Soldaten, die sich durchweg als »Muss-Preußen« ansahen, unterstützten in der Regel die Rätebewegung, waren in Einzelfällen selber Mitglieder oder sogar Vorsitzende von Soldatenräten, aber zeigten in den Berichten keinerlei Interesse an einer Ausweitung der Bewegung in dänisch dominierte Gebiete. Bemühungen, die heraufziehenden Grenzkonflikte in gemeinsamen Anstrengungen zu lösen, werden in keinem der Berichte deutlich. Stattdessen wird in einem Artikel der Soldatenrat in Aabenraa/Apenrade (die Stadt gehörte damals zum Deutschen Reich und kam erst im Zuge der Volksabstimmung 1920 wieder zu Dänemark) als deutsche Autorität wahrgenommen.[9]

Auch die Episode, während der der deutsche Uniformschneider und Marinesoldat Bruno Topff im damals ebenfalls zum Deutschen Reich gehörenden und 1920 zu Dänemark gekommenen Sonderburg/Sønderborg auf der Insel Alsen an der Spitze eines Soldatenrats die bestehenden Autoritäten absetzte, wird in den Jahrbüchern angesprochen. Aber auch hier wird deutlich, dass zwar der Zusammenbruch des deutschen Militarismus begrüßt wird, aber keine Kooperationen angestrebt werden.

Während in Kiel der öffentlich recht präsente Postinspektor Berthold Brandt am 22. November 1918 in dem SPD-Organ »Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung« (SHVZ) unter der Überschrift »Gruß an Nordschleswig«[10] dazu aufrief, die Konflikte im Grenzgebiet noch vor einer Friedensregelung einvernehmlich zu lösen, passierte in dem von deutscher und dänischer Seite umworbenen Flensburg eher das Gegenteil. Obwohl ein wichtiger Vertreter der Flensburger Sozialdemokratie aus dem »Deutschen Ausschuss« austrat, weil dieser die Gegensätze zwischen Deutschen und Dänen verschärft habe, statt sie auszugleichen,[11] kam es in dem die Räte dominierenden SPD-Ortsverein über diese Fragen zu heftigen Auseinandersetzungen.[12] Auch eine Konferenz von Arbeiter- und Soldatenräten in Nordschleswig, zu der Vertreter aus Hadersleben, Apenrade, Sonderburg und Tondern zusammengekommen waren, sprach sich für ein Verbleiben des Gebiets im Deutschen Reich aus und ließ kaum Anstrengungen zu einvernehmlichen Lösungen erkennen.[13] Peter Hillbrecht, nach Gustav Garbe Vorsitzender des Kieler Arbeiterrats und später auch des Volksrats, erwähnte immerhin in einem Vortrag vor einer großen Versammlung der Kieler SPD Mitte Dezember 1918 eine punktuelle Zusammenarbeit mit dem »dänischen Führer Hanßen«. Hier ist offenbar Hans-Peter Hanssen-Nørremølle gemeint, der auch im deutschen Reichstag saß und der eine Führungsrolle in der dänisch-schleswig-

Leseprobe © Verlag Ludwig

schen Bewegung einnahm. Hillbrecht beschwerte sich, dass Dänemark die Lebensmittellieferungen eingestellt hätte. In Zusammenarbeit mit H. P. Hanssen, wie er meist genannt wurde, konnte das Problem jedoch gelöst werden.[14]

England hatte im Verlauf des Ersten Weltkriegs auch in der Wahrnehmung einiger führender Sozialdemokraten und Gewerkschafter sich zum schlimmsten Feind entwickelt, und damit Russland und Frankreich überholt. England wurde unterstellt, die deutsche Industrie abwürgen zu wollen.[15] Dabei gab es auch in England durchaus größere Bewegungen, die den Krieg aus einer sozialistischen und internationalistischen Perspektive verurteilten, wie u.a. Cyril Pearce und Ingrid E. Sharp von der Universität Leeds festgestellt haben.[16] Doch schlug sich dies nicht nennenswert in der Wahrnehmung der deutschen revolutionären Ereignisse in der englischen Öffentlichkeit nieder. Das hat Robert Alexander Clarke Parker 1984 anhand einer Auswertung der englischen Presse für den Zeitraum Ende 1918 bis April 1919 untersucht. Es war zunächst umstritten, wie man Deutschland behandeln sollte. Noch im März 1919 neigte der Premierminister Lloyd George (Liberaler) dazu, die neue deutsche Regierung durch eine »angemessene« Behandlung und eine Wiederherstellung der Prosperität zu unterstützen. Dadurch würde Deutschland eine Friedenskraft werden. Doch nach einer Unterhausdebatte über die Höhe der Reparationszahlungen im April 1919 gelang es den Konservativen, den Premier auf eine strengere Behandlung Deutschlands zu verpflichten. Ihr in England überzeugendes Argument war, dass die deutsche Regierung u. a. in den Personen Ebert, Scheidemann und Noske, den Krieg vorbehaltlos unterstützt habe und keine wirkliche Änderung ihrer Haltung erkennen ließe. Dies sei beispielsweise in der Begrüßung der heimkehrenden Truppen durch Ebert deutlich geworden. Auch Noskes Vorgehen gegen die radikalen Linken wäre völlig überzogen gewesen und hätte die Alliierten von der nicht realen Gefahr eines drohenden Bolschewismus überzeugen sollen. Ebenso wäre die Behauptung einer drohenden Nahrungsmittelknappheit nur vorgeschoben, um bessere Friedensbedingungen durchzusetzen. Parker zog das Fazit: »Thus Lloyd George had to proceed by stealth (Deshalb musste Lloyd George heimlich vorgehen).«[17]

Dies zeigte sich auch in Kiel als Mitte Dezember 1918 englische Schiffe in die Förde kamen, um die Waffenstillstandsbestimmungen zu überwachen. Der Wunsch des Obersten Soldatenrats, an den Verhandlungen beteiligt zu werden, wurde von dem verantwortlichen englischen Offizier mit der Begründung abgelehnt, er hätte Befehl nur mit Offizieren zu verhandeln. Es kam dann aber doch zu Treffen mit den Räten, wie der zentrale Ausschuss der Soldatenräte der Marine (53er Ausschuß) in einer Pressemitteilung[18] betonte, dabei wurde ihnen aber nur, wie schon vorher in Wilhelmshaven, die Aufgabe zugestanden, die Sicherheit der englischen Delegation zu garantieren.[19]

Noch wesentlich distanzierter war die Stimmung in Frankreich, obwohl dort die Bewegung gegen den Krieg bis 1914 sehr stark gewesen war. Im Gegensatz zu den Behauptungen der Rechten in Deutschland war der politische Revanchismus in Frankreich bis dahin »von der Bildfläche verschwunden«. Auf der Seite der Linken gab es starke antimilitaristische Strömungen.[20] Mit Kriegsausbruch jedoch waren alle Schichten der Bevölkerung überzeugt, »Opfer einer zutiefst ungerechtfertigten deutschen Aggression zu sein.«[21] Daran änderten auch die ausgedehnten Meutereien in der französischen Armee 1917 nichts, sie richteten sich nicht gegen den Krieg sondern gegen die Methoden der Kriegsführung der französischen Generalität. Auch wenn es auf Seiten der Linken die Hoffnung gab, der Krieg würde die Werte einer sozialistischen Brüderlichkeit wieder erneuern, gab es mit Fortdauer des Krieges »für den allergrößten Teil der Franzosen ... keinen Unterschied zwischen Kaiser und Volk, der Deutschlandhass bezog sich gleichermaßen auf alle Deutschen.«[22]

3. WAFFENSTILLSTANDSBEDINGUNGEN

Angesichts dieser Stimmungslage sah sich der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson gezwungen, besonders den französischen Forderungen entgegen zu kommen und die Waffenstillstandsbedingungen zu verschärfen. Bereits einen Tag vor dem Waffenstillstand, am 10. November 1918 wurden sie in Deutschland bekannt. Sie bestanden (u.a.) in Besetzung deutscher Gebiete, Abtrennung von Ge-

Leseprobe © Verlag Ludwig

bieten, Reparationen und radikaler Reduzierung der militärischen Macht. Besonders die Aufrechterhaltung der Blockade wurde als außerordentlich schwerwiegend wahrgenommen.[23]

Die Bedingungen führten zu einer ernsthaften Erschütterung der revolutionären Zuversicht. Als sie bekannt wurden, befand sich der Kleine Kreuzer *Straßburg* im Hafen von Saßnitz auf Rügen. Der Soldatenrat des Schiffes schickte ein Funktelegramm an alle Einheiten und die wichtigsten Tageszeitungen. Er skizzierte die Bedingungen und schrieb dann: »Diese würden unser aller Vernichtung bedeuten. Deutsche Kameraden verteidigt unsere Heimat gegen diese unerhörte Anmaßung.«[24]

Die Hoffnungen gerade auf der linken Seite des politischen Spektrums, dass die Verantwortlichen für den Krieg und die permanenten Verhinderer demokratischer Reformen bestraft würden und diejenigen, die die Reformen schließlich durchsetzen konnten, gefördert würden, wurden enttäuscht. Die radikalere Linke machte sich Mut, indem sie betonte, dass sie keine Verantwortung treffen würde, man aber nicht den mindesten Grund habe, verzagt in die Zukunft zu blicken, weil der Sozialismus sich trotz allem durchsetzen würde.[25] Sie versuchte aber, mittels Appellen an die Alliierten Milderung der Bedingungen zu erreichen. Die unter USPD-Einfluss stehende Regierung des Volksstaates Bayern appellierte an die Alliierten: »Wir verstünden wohl die Empfindungen, die die Verbandsmächte veranlassten, solche Bedingungen zu stellen, wenn sie damit die Schuldigen treffen würde. Die deutschen Autokraten und Militaristen verdienten keine Schonung. Jetzt aber hat das Volk sich befreit, und die Bedingungen, die ihm jetzt auferlegt werden, bedeuten seine Vernichtung.«[26]

Die moderate Linke argumentierte ähnlich. Hillbrecht führte in der oben erwähnten Rede[27] aus: »Die Waffenstillstandsbedingungen haben Verhältnisse geschaffen, wie sie nie ein Volk zu tragen hatte. Die Feinde nehmen die Produkte unseres Landes in Anspruch, halten sich für Taten der früheren Machthaber am deutschen Volke schadlos. … Die herrschenden Klassen haben uns die denkbar schlechteste Erbschaft hinterlassen.« Man bemühte sich ebenfalls um Milderung, teilweise zusammen mit der USPD. Die SPD hatte aber das Problem, dass sie den Krieg unterstützt hatte, was im Ausland durchaus registriert wurde, wie in den Debatten im englischen Unterhaus deutlich wurde

(s.o.). Scheidemann betonte deshalb den Gegensatz zur Obersten Heeresleitung (OHL) und schrieb in einem offenen Brief an Lloyd George: »Weite Teile in Deutschland haben die Kriegsführung der OHL nicht gebilligt …«.[28]

Auf der rechten Seite des Spektrums fühlte man sich bestätigt. So wiesen die KNN nun darauf hin, dass man ja schon vorher gewarnt habe, dass Wilson leere Versprechungen machen würde.[29] Und ein namentlich nicht bekannter Marine-Zahlmeister wälzte Überlegungen, dass nun »ein ganzes Volk … dem Hungertode preisgegeben werden [sollte]. Ehe wir das zugeben, soll die Welt einen Verzweiflungskampf erleben, wie ihn die Geschichte noch nicht gesehen hat. … eine Götterdämmerung müßten wir heraufbeschwören, eine Vernichtung der ganzen Kulturwelt.«[30]

4. VÖLKERVERSTÄNDIGUNG

Die Sozialistische Internationale hatte den Krieg nicht verhindern können. Ihre Mitglieder waren hauptsächlich von den ökonomischen Ursachen für einen heraufziehenden Krieg ausgegangen und hatten dabei übersehen, dass auch politische Bestrebungen eine ganz wesentliche Rolle spielten. An den entsprechenden nationalen Gegensätzen zerbrach die erhoffte internationale Solidarität der Arbeiterklasse.[31]

Es fehlte nicht an Bemühungen der Rätebewegung zu einem dauerhaften Frieden zu kommen. Zum Beispiel begann die bayrische Räte-Regierung geheime Dokumente zum Kriegsausbruch zu veröffentlichen, da »nur durch die volle Wahrheit das Vertrauensverhältnis zwischen den Völkern hergestellt werden könne, das die Voraussetzung für einen Frieden der Völkerversöhnung ist.«[32] Diese Initiative wurde jedoch von Berlin aus behindert und gebremst, insbesondere von der Beamtenschaft im Auswärtigen Amt. Diese befürchtete Nachteile in den Friedensverhandlungen.

Wie erwähnt hatten sich die Soldatenräte der Marine zum 53er Ausschuss beim Reichsmarineamt mit dem Anspruch der obersten Befehlsgewalt zusammengeschlossen. Im ersten Programmpunkt strebte man »den baldigen Abschluß eines dauernden Völkerfriedens auf

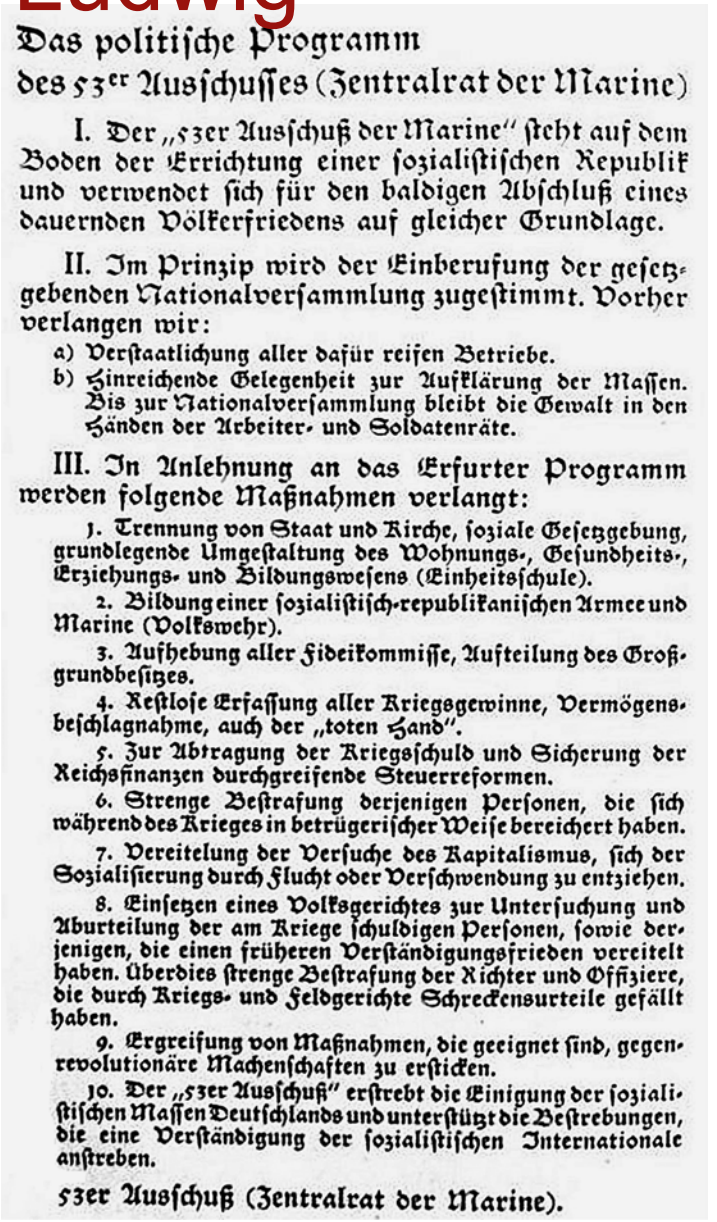
Leseprobe © Verlag Ludwig

gleicher Grundlage« an. Der Ausschuss wurde auf Betreiben Noskes schon bald auf sechs Köpfe verkleinert und nach wenigen Monaten zusammen mit den Soldatenräten abgeschafft. Da nun der erwartbare Widerstand gegen die Wiedereinsetzung der Seeoffiziere geschwächt wurde, konnte Noske sogar einen der Planer des »letzten Flottenvorstoßes«, durch den der Umsturz veranlasst wurde, nämlich den weiter auf »Weltgeltung« orientierten, damaligen Konteradmiral Adolf von Trotha als Chef der Admiralität durchsetzen.

Damit waren die Hoffnungen auf eine sozialistische, brüderlich/schwesterliche Weltgemeinschaft im Wesentlichen gescheitert. Stattdessen nahmen Bestrebungen auf breiterer Basis aber mit kleinerem Fokus zu. So gab es Versuche auch frühzeitig von Seiten der SPD, eine europäische Versöhnung und Vereinigung zu erreichen. Mit steigendem Vertrauen in die Nachhaltigkeit der demokratischen Strukturen in Deutschland konnten auch Erleichterungen in den Friedensbedingungen erzielt werden, auch durch Walther Rathenaus Verhandlungsgeschick.

5. FAZIT

Die weltweite Ausbreitung der Revolution blieb, abgesehen von Russland und kurzzeitigen Erfolgen, wie etwa in Ungarn, hinter den Erwartungen zurück und konnte letztlich nirgends eine breite Mehrheit etablieren. Der Zusammenbruch der Sozialistischen Internationale wirkte auf allen Seiten nach. Auch in den Soldatenräten gab es nationalistische Tendenzen. Besonders in Frankreich bot der im Verlauf des Krieges ausgebrochene Deutschlandhass Wilson nur wenig Spielraum, seine Ideen eines Friedens ohne Sieger und Besiegte zu verwirklichen. Auch die Unterstützung der deutschen Revolutionäre durch Aktivisten in Frankreich oder England konnte nichts an den harschen Waffenstillstandsbedingungen ändern. Die Linke war enttäuscht, die Rechte fühlte sich bestätigt. Das führte dazu, dass sich ein gemeinsames Gefühl der Bestrafung durchsetzen konnte. Oder wie Michael Geyer formulierte:



Das politische Programm
des 53er Ausschusses (Zentralrat der Marine)

I. Der „53er Ausschuß der Marine" steht auf dem Boden der Errichtung einer sozialistischen Republik und verwendet sich für den baldigen Abschluß eines dauernden Völkerfriedens auf gleicher Grundlage.

II. Im Prinzip wird der Einberufung der gesetzgebenden Nationalversammlung zugestimmt. Vorher verlangen wir:

a) Verstaatlichung aller dafür reifen Betriebe.
b) Hinreichende Gelegenheit zur Aufklärung der Massen. Bis zur Nationalversammlung bleibt die Gewalt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte.

III. In Anlehnung an das Erfurter Programm werden folgende Maßnahmen verlangt:

1. Trennung von Staat und Kirche, soziale Gesetzgebung, grundlegende Umgestaltung des Wohnungs-, Gesundheits-, Erziehungs- und Bildungswesens (Einheitsschule).
2. Bildung einer sozialistisch-republikanischen Armee und Marine (Volkswehr).
3. Aufhebung aller Fideikommisse, Aufteilung des Großgrundbesitzes.
4. Restlose Erfassung aller Kriegsgewinne, Vermögensbeschlagnahme, auch der „toten Hand".
5. Zur Abtragung der Kriegsschuld und Sicherung der Reichsfinanzen durchgreifende Steuerreformen.
6. Strenge Bestrafung derjenigen Personen, die sich während des Krieges in betrügerischer Weise bereichert haben.
7. Vereitelung der Versuche des Kapitalismus, sich der Sozialisierung durch Flucht oder Verschwendung zu entziehen.
8. Einsetzen eines Volksgerichtes zur Untersuchung und Aburteilung der am Kriege schuldigen Personen, sowie derjenigen, die einen früheren Verständigungsfrieden vereitelt haben. Überdies strenge Bestrafung der Richter und Offiziere, die durch Kriegs- und Feldgerichte Schreckensurteile gefällt haben.
9. Ergreifung von Maßnahmen, die geeignet sind, gegenrevolutionäre Machenschaften zu ersticken.
10. Der „53er Ausschuß" erstrebt die Einigung der sozialistischen Massen Deutschlands und unterstützt die Bestrebungen, die eine Verständigung der sozialistischen Internationale anstreben.

53er Ausschuß (Zentralrat der Marine).

2 Flugblatt des 53er Ausschusses